

9.4.2018 -

Bevölkerung fordert umfangreiche Maßnahmen gegen Kinderarmut

Bereits am 2.2.2018 gab das *Deutsche Kinderhilfswerk* die Veröffentlichung des „Kinderreports 2018“ bekannt. Demnach stellt ein Großteil der Bevölkerung in Deutschland Staat und Gesellschaft ein schlechtes Zeugnis bei der **Bekämpfung der Kinderarmut** in Deutschland aus. Rund drei Viertel sind der Ansicht, dass diese "eher wenig" oder "sehr wenig" tun, um Kinderarmut wirkungsvoll entgegenzutreten. Neben diesem unzureichenden Engagement seien zu geringe Einkommen der Eltern durch prekäre Arbeitsverhältnisse sowie die zu geringe Unterstützung für Alleinerziehende die wichtigsten Auslöser für Kinderarmut in Deutschland.

Mehrheit der Befragten würde Steuererhöhungen in Kauf nehmen

Bei der Frage, wie die Kinderarmut in Deutschland bekämpft werden sollte, fordert ein Großteil der Bevölkerung eine **umfassende Veränderung politischer Rahmenbedingungen**. Dazu gehören die

- Unterstützung von einkommensschwachen Familien mit Lehrmittelfreiheit
- kostenfreie Beteiligungsmöglichkeiten an Bildung, Kultur und Sport
- kostenlose Ganztagsbetreuungen
- kostenfreies Essen in Schulen und Kitas.

Sehr stark verbreitet ist auch die Forderung, in Schulen und Kitas mehr Fachkräfte und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter einzusetzen. Ebenso wird **mehr Beratung**, zum Beispiel in staatlichen Einrichtungen, als wichtig erachtet. Von der Mehrheit der Bevölkerung werden außerdem eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder und eine Erhöhung des Kindergeldes als notwendig bewertet.

Auch bei der Frage der **Finanzierung der notwendigen Maßnahmen** gibt es eine große Übereinstimmung: Knapp zwei Drittel der befragten Erwachsenen wären bereit, mehr Steuern zu bezahlen, wenn damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirksam bekämpft würde. Gleichlautende Bekundungen finden sich in fast allen politischen Lagern.

Kinderrechte müssen ins Grundgesetz

Thomas Krüger, Präsident des *Deutschen Kinderhilfswerkes*, betonte anlässlich der Vorstellung des Berichts

in Berlin, dass es ein **Gesamtkonzept gegen Kinderarmut** brauche. Dieses müsse mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden und umfangreiche Reformen bündeln. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik seien dabei ebenso zu berücksichtigen, wie

- Familien- und Bildungspolitik
- Gesundheits- und Sozialpolitik
- Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik.

Der niedersächsische Ministerpräsident *Stephan Weil* sagte bei der Präsentation, dass die im Sondierungspapier von Union und SPD vereinbarte Erhöhung des Kindergeldes von 25 Euro nicht reiche, um die bedrückende Kinderarmut zu verringern. "Wir müssen deshalb intensiv über die **Einführung einer Kindergrundsicherung** diskutieren". Trotz der hohen Armutsquote sei *Weil* aber optimistisch. Die Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung oder die Einsetzung einer Kinderkommission hätten die Rechte von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen gestärkt, "und auf Bundesebene rückt die Verankerung von Kinderrechten ins Grundgesetz in greifbare Nähe".

Unter www.dkhw.de/kinderreport2018/ergebnisse finden sich die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage für den Kinderreport 2018.

Der Kinderreport 2018 des Deutschen Kinderhilfswerkes kann unter www.dkhw.de/kinderreport2018 heruntergeladen werden.

Eine Zusammenfassung des Kinderreports 2018 des Deutschen Kinderhilfswerkes findet sich unter www.dkhw.de/kinderreport2018/kurz.

Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Kinderschutzbundes vom 2.2.2018